Rigi-Bahnen sind zu Abstrichen bereit

Die Rigi-Bahnen kommen den Kritikern entgegen: Die neue Weggiser Seilbahn könnte mit nur leichtem Kapazitätsausbau erstellt werden.

Christian Glaus

Zwei Fragen dominieren die Diskussionen um den Bau einer neuen Gondelbahn Weggis–Rigi Kaltbad. Wie gut fügt sich die Seilbahn mit ihren Dutzenden Gondeln in die Landschaft ein? Und wie viele Gäste haben auf der Rigi Platz? Auf beide Fragen versuchten die Verantwortlichen der Rigi-Bahnen gestern an einer Informationsveranstaltung vor weit über 100 Zuhörern Antworten zu geben.

Öffentlich besonders heiss diskutiert wird die Zahl der Gäste, die von rund 550 000 im Jahr 2009 auf 910 000 im vergangenen Jahr gestiegen ist (Ausgabe vom 30. September). Mit dem Bau der neuen Gondelbahn ab Weggis wollen die Rigi-Bahnen die Kapazitäten erhöhen. Können mit der heutigen Pendelbahn 640 Personen pro Stunde transportiert werden, sollen es künftig 800 sein. Zudem ist die Infrastruktur so geplant, dass die Kapazitäten auf 1200 pro Stunde erhöht werden können.

Beschränkung auf 800 Personen pro Stunde

Doch dagegen regt sich Widerstand. Nun geben die Rigi-Bahnen dem Druck nach. «Sollte das Gondelbahnprojekt an diesem möglichen Kapazitätsausbau scheitern, können sich die Rigi-Bahnen vorstellen, das Projekt auch baulich lediglich auf 800 Personen pro Stunde auszulegen.» Dies ist einem Schreiben zu entnehmen, das gestern an die Besucher verteilt wurde. Ein weiterer Kapazitätsausbau wäre mit der neuen Anlage also nicht mehr möglich.

Weniger konkret sind die Antworten in Bezug auf die Landschaftsverträglichkeit der Gondelbahn. Denn für das Gesamtbild fehlt ein wichtiges Puzzleteil: Das Gutachten der eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission. Zwar wurde dieses von den Rigi-Bahnen per Anfang Dezember erwartet. Doch es verzögert sich. Ergebnisse dürften voraussichtlich bis Ende Monat vorliegen, wie Jörg Lustenberger, Leiter Technik und Betrieb der Rigi-Bahnen, sagte. Das Gutachten hat wegweisenden Charakter. Kommt dieses zum Schluss, dass die Gondelbahn nicht landschaftsverträglich ist, wäre das Projekt vom Tisch.

So könnte die neue Gondelbahn im Bereich Müseralp aussehen.

Visualisierung: PD

Zahl der Masten auf elf reduziert

Unabhängig davon haben die Rigi-Bahnen den Streckenverlauf und die Platzierung der Masten weiter optimiert. Das ist die zweite grosse Neuigkeit. Ursprünglich gingen die Rigi-Bahnen von 16 Stützen für die Gondelbahn aus, später wurde deren Zahl auf 14 reduziert. Nun sollen elf Stützen reichen. Möglich sei dies dank eines leistungsfähigeren Seils und dank Feinjustierungen. «Nun sind die technischen Möglichkeiten langsam, aber sicher ausgereizt. Die Bahn soll auch über ihre Nutzungsdauer hinweg stehen und bestehen können», betonte Jörg Lustenberger.

Die Seilbahn werde so hoch wie möglich geführt, damit im Wald keine zusätzliche Schneise entstehe. Rodungen seien nur im Bereich der Stützen nötig. Die Konsequenz: Im Bereich Müseralp, eines landschaftlich sensiblen Gebietes, ist eine «dominante, 75 Meter hohe Stütze nötig», wie Lustenberger sagte. Die Wahl einer Gondelbahn mit hoher Streckenführung hat einen weiteren Nachteil: Die Bahn ist weniger windstabil als die heutige Pendelbahn.

Was geschieht, falls das Projekt scheitern sollte? Rigi-Bahnen-Vizepräsident Urs Wullschleger stellte klar: «Es gibt keinen Plan B. Sollten wir die Gondelbahn nicht bauen können, heisst das nicht automatisch, dass wir wieder eine Pendelbahn bauen würden.» Die Konzession für die bestehende Anlage läuft im Herbst 2022 aus.

Urner Landrat nimmt sich Berghoff an

Eine Interpellation zu den Massenentlassungen wurde per Stichentscheid für dringlich erklärt.

Die 71 Mitarbeiter des Urner Werks der Berghoff-Gruppe, die ihre Stelle verlieren, beschäftigten gestern auch den Landrat. «Kurz vor Weihnachten haben über 70 Betroffene erfahren, dass sie Ende März auf der Strasse stehen und sie hatten die traurige Aufgabe, dies ihren Familien mitzuteilen», sagte Viktor Nager (SP, Schattdorf) beim Einreichen seiner Dringlichen Interpellation.

Nager bezeichnete das Vorgehen der Berghoff-Gruppe als «höchst unsensibel». Es lasse jede soziale Verantwortung vermissen. «Es liegt die Vermutung nahe, dass quasi auf Vorrat über 70 Menschen aus Gründen der Gewinnoptimierung eines internationalen Unternehmens in die Arbeitslosigkeit entlassen werden.» Er stellt in der Dringlichen Interpellation unter anderem folgende Fragen:

— Wurde der Regierungsrat im Vorfeld der Entlassung nie über die Schwierigkeiten der Firma informiert?

— Hat der Regierungsrat in den letzten Tagen versucht, die Werkschliessung zu verhindern?

— Wurde seitens des Regierungsrats mit der Firma über die Einführung von Kurzarbeit zur Überbrückung einer möglicherweise nur vorübergehenden Nachfrage-Baisse verhandelt?

— Liegt seitens der Firma ein Sozialplan vor und wenn ja, ist dieser ausreichend?

— Welche Massnahmen trifft der Kanton, um die Situation für die Betroffenen tragbar zu machen und ihnen eine Perspektive zu geben?

— Die Firma Berghoff ist erst einige Jahre im Kanton Uri ansässig. Wurden ihr bei der Ansiedlung Vergünstigungen seitens der öffentlichen Hand gewährt und in welchem Rahmen?

— Wurden Steuererleichterungen gewährt?

— Werden allfällig Vergünstigungen oder Steuererleichterungen bei der Schliessung des Betriebs zurückgefordert, um den Betroffenen zu helfen?

Das Industrieunternehmen Berghoff schliesst seine Tore in Uri.

Bild: Florian Arnold (Schattdorf, 4. Dezember 2019)

Dringlichkeit sorgte für Diskussionen

Nager gab sich überzeugt, dass mit der Beantwortung der Fragen nicht lange zugewartet werden kann. Denn: «In etwas mehr als 3 Monaten sollen mehr als 70 Menschen entlassen werden.» Daher beantrage er Dringlichkeit. Volkswirtschaftsdirektor Urban Camenzind zeigte Verständnis für den Vorstoss. Das Vorgehen der Berghoff-Gruppe sei bedauerlich. Für Camenzind macht es aber keinen Sinn, die Fragen übereilt zu beantworten. Es sei besser, wenn man etwas Zeit verstreichen lasse. Dann könne man die Fragen inhaltlich weitgehender oder zukunftsorientierter beantworten.

Unterstützung erhielt Camenzind von Claudia Gisler (CVP, Bürglen). Auch sie sprach sich dafür aus, sich mehr Zeit für eine Antwort zu nehmen. Georg Simmen (FDP, Realp) hingegen sieht die Dringlichkeit für die Beantwortung der Interpellation: «Die Fragen können gut noch vor Weihnachten beantwortet werden.» Der Landrat entschied über die Dringlichkeitserklärung mit 29 Ja- zu 29 Nein-Stimmen (1 Enthaltung). Landratspräsident Pascal Blöchlinger (SVP) fällte deshalb den Stichentscheid: zu Gunsten der Dringlichkeit. Der Regierungsrat muss nun die Fragen in fünf Arbeitstagen beantworten.

Markus Zwyssig

Ausserhalb des Einflussbereichs

Wirtschaft Nach dem Bekanntwerden der Kündigungen bei Berghoff sei eine grosse Solidarität von Unternehmern in Uri und der Zentralschweiz zu spüren gewesen, sagte Volkswirtschaftsdirektor Urban Camenzind auf Fragen von Franz Christen (Schattdorf).

Camenzind konnte Positives vermelden: «Wir gehen davon aus, dass für alle Lernenden eine Lösung gefunden werden kann.» Aufgrund des spürbaren Fachkräftemangels habe es Angebote von Firmen gegeben, die man nicht erwartet hätte. Die Liste der betroffenen Mitarbeiter zeige auf, dass es sich um Arbeitnehmer mit guten Qualifikationen handle. Das Gleiche gelte für die langjährigen Hilfsarbeiter.

Volkswirtschaftlich seien die Kündigungen ein herber Rückschlag. «Wir sind auf die Arbeitsplätze angewiesen», so Camenzind. Auch setze man alles daran, die Räumlichkeiten auf irgendeine Art und Weise weiter zu nutzen. Camenzind machte deutlich, dass die Entlassungen nicht ein Problem der Menschen seien, die vor Ort gute Arbeit geleistet hätten. Vielmehr sei der Auslöser für die Entlassungen die Abhängigkeit von einem Kunden gewesen, der 80 bis 90 Prozent des Umsatzes ausgemacht habe. «Das war damals schon das grosse Risiko bei der Ruag und konnte bei Berghoff nicht vermindert werden», so Camenzind. Es sei zu Differenzen zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer gekommen. Die Anstrengungen, Lösungen zu finden, müsse man weiterführen. «Die Firma ist im internationalen Markt tätig, und das liegt ausserhalb unseres Einflussbereichs», sagte Camenzind. Er betonte, dass die Regierung zuständig sei für die Rahmenbedingungen. Die Politik könne nicht selber einen Betrieb aufrechterhalten oder Lehrlingsarbeitsplätze sicherstellen.

Regierung hilft den Arbeitnehmern

Die Regierung habe aber eine Verpflichtung gegenüber den betroffenen Arbeitnehmern, so Camenzind. Da seien insbesondere das Amt für Arbeit und Migration gefragt, die Regionale Arbeitsvermittlung (RAV) und die Arbeitslosenkasse. Im Rahmen des Konsultationsverfahrens wird geprüft, ob es Investoren hat und es eine Möglichkeit gibt, einen reduzierten Betrieb weiterzuführen. In den meisten Fällen werde nach derart vielen Entlassungen vor Ort ein Job-Center eingerichtet. *(MZ)*

«Wir gehen davon aus, dass für alle Lernenden eine Lösung gefunden werden kann.»

Urban Camenzind
Volkswirtschaftsdirektor